



Rathaus

Umschau

Dienstag, 9. Januar 2018

Ausgabe 006

ru.muenchen.de

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise für Medien	2
Bürgerangelegenheiten	3
Meldungen	3
› Auszeichnung für Städtische Salvator-Realschule für Mädchen	3
› Tanztee – Tanzen mit Live-Musik von 1900 bis 1960	4
› MuseumsVorleseFührung im Stadtmuseum	4
› Stummfilm-Serial: „Homunculus“ im Filmmuseum	5
Antworten auf Stadtratsanfragen	6
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften	



Terminhinweise für Medien

Wiederholung

Heute, 9. Januar, 18 Uhr, Saal des Alten Rathauses

Oberbürgermeister Dieter Reiter empfängt die am Weihnachtsabend 2017 zur Versorgung und Sicherheit der Stadt eingesetzten Bürgerinnen und Bürger.

Wiederholung

Mittwoch, 10. Januar, 11 Uhr, Sozialreferat, Raum 4142

Sozialreferentin Dorothee Schiwy erläutert Hintergründe, Ziele und Vorgehensweise zum Mietspiegel 2019. Anlass ist der Start einer erneuten Interviewrunde zur Ermittlung von Mietdaten in der Landeshauptstadt München. Das durchführende Institut Kantar TNS präsentiert in diesem Zusammenhang das konkrete Prozedere bei der Erstellung des Mietspiegels 2019.

Wiederholung

Mittwoch, 10. Januar, 18 Uhr, Rathausgalerie

Oberbürgermeister Dieter Reiter und Stadtbaurätin Professorin Dr.(I) Elisabeth Merk eröffnen im Rahmen einer geschlossenen Veranstaltung die große Jahresausstellung 2018 des Referats für Stadtplanung und Bauordnung, die unter dem Motto „München weiterdenken – 125 Jahre Stadtentwicklung“ steht. Für die Öffentlichkeit ist die Ausstellung von 11. Januar bis 8. März täglich von 11 bis 19 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei.

Freitag, 12. Januar, 10.30 Uhr, Rathaus, Raum 109

Stadtkämmerer Dr. Ernst Wolowicz präsentiert im Rahmen einer Pressekonferenz die Broschüre „Leistungen und Gebühren 2018“. Anhand ausgewählter Beispiele wird die Finanzierung städtischer Einrichtungen und Gesellschaften und insbesondere ihr Deckungsgrad erläutert. Darüber hinaus nimmt der Kämmerer zur aktuellen Finanzsituation der Landeshauptstadt München Stellung.

Freitag, 12. Januar, 11.11 Uhr, Marienplatz

Im Zuge der Inthronisation des offiziellen Münchner Faschingsprinzenpaares übergibt Bürgermeister Josef Schmid symbolisch den Stadtschlüssel und spricht Grußworte. Bis Aschermittwoch übernehmen Prinzessin Janina I. und Prinz Sebastian I. von der Faschingsgesellschaft Narrhalla die närrische Regentschaft über die Stadt.



Bürgerangelegenheiten

**Dienstag, 16. Januar, 19 Uhr, Gaststätte „Hofbräuhaus“, Erkerbar,
Am Platzl 9 (nicht rollstuhlgerecht)**

Sitzung des Bezirksausschusses 1 (Altstadt – Lehel).

**Dienstag, 16. Januar, 18 bis 19 Uhr,
Bürgerbüro, Schellingstraße 28 a (rollstuhlgerecht)**

Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 3 (Maxvorstadt).

**Dienstag, 16. Januar, 19.30 Uhr,
Ledigenheim, Bergmannstraße 35 (nicht rollstuhlgerecht)**

Sitzung des Bezirksausschusses 8 (Schwanthalerhöhe). Zu Beginn der Sitzung findet eine **Bürgersprechstunde** mit der Vorsitzenden Sibylle Stöhr statt.

**Dienstag, 16. Januar, 19.30 Uhr,
Saal des Gehörlosenzentrums, Lohengrinstraße 11 (rollstuhlgerecht)**

Sitzung des Bezirksausschusses 13 (Bogenhausen). Zu Beginn der Sitzung findet eine **Bürgersprechstunde** statt.

**Dienstag, 16. Januar, 19.30 Uhr, Stadtteilkulturzentrum Giesinger
Bahnhof, „Gepäckhalle“, Giesinger Bahnhofplatz 1 (rollstuhlgerecht)**

Sitzung des Bezirksausschusses 17 (Obergiesing – Fasangarten).

Meldungen

Auszeichnung für Städtische Salvator-Realschule für Mädchen

(9.1.2018) Die Städtische Salvator-Realschule für Mädchen setzt sich gegen Rassismus und Diskriminierung ein. Dafür erhält die Schule am Mittwoch, 10. Januar, das Siegel „Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage“. Diskriminierung aufgrund unterschiedlicher Hautfarbe oder Herkunft zu bekämpfen, ist das Ziel der städtischen Schulen in München. Inzwischen beteiligen sich immer mehr Schulen an der Initiative „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. Dabei handelt es sich um ein bundesweites Projekt aus dem Jahr 1995 von Schülerinnen und Schülern. Es bietet Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, das Klima an ihrer Schule aktiv mitzugestalten, indem sie sich bewusst gegen jede Form von Diskriminierung, Mobbing und Gewalt wenden.



An der Städtischen Salvator-Realschule ging die Initiative, bewusst gegen jegliche Art von Diskriminierung vorzugehen und für ein friedliches Miteinander zu werben, von einer Gruppe engagierter Schülerinnen aus. Die Mädchen entwickelten ein Konzept für das aktuelle Schuljahr, um das Thema Diskriminierung im Alltag und Ungleichbehandlung von Mädchen und Frauen in der Schule und im außerschulischen Bereich zu erarbeiten und zu diskutieren. Als Paten konnten die Schülerinnen das deutsche Stand-up-Comedy-Ensemble „Rebell Comedy“ gewinnen. Die Verleihung des Siegels „Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage“ findet am Mittwochvormittag im Rahmen eines Festakts in der Turnhalle der Realschule statt.

Um den Titel „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ tragen zu dürfen, müssen mindestens 70 Prozent aller Schülerinnen und Schülern und Lehrerinnen und Lehrern per Unterschrift versichern, sich künftig gegen jede Form von Diskriminierung an ihrer Schule aktiv einzusetzen, bei Konflikten einzugreifen und regelmäßig Projekttag zum Thema durchzuführen. Diese Selbstverpflichtung sind inzwischen 16 städtische Schulen eingegangen.

Tanztee – Tanzen mit Live-Musik von 1900 bis 1960

(9.1.2018) Sonntagnachmittag ein wenig die Füße vertreten? Das geht besonders gut beim Tanztee. Die Volkskultur im Kulturreferat lädt zum neuen Jahr am Sonntag, 14. Januar, in der Schießstätte Allach/Podium, Servetstraße 1, von 15 bis 17 Uhr zum Gesellschaftstanz mit der Damenkapelle Rosenrot und alten Gassenhauern und Schlagern. Dazu werden Tee, Kaffee oder auch ein Gläschen Sekt sowie Kuchen und kleine Appetithäppchen angeboten. Der Tanztee bietet auch für Singletänzerinnen und -tänzer die Möglichkeit, das Tanzbein zu schwingen. Der Eintritt ist frei.

Ein weiterer Tanztee findet statt am Sonntag 11. Februar, mit „Fräulein Rosemarie & ihre Lieben“ beim Alten Wirt, Dachauer Straße 274.

Weitere Informationen unter www.muenchen.de/volkskultur oder Facebook@kulturreferatvolkskultur

MuseumsVorleseFührung im Stadtmuseum

(9.1.2018) Am Freitag, 12. Januar, 16 bis 17.15 Uhr, findet im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, für Familien mit Kindern ab neun Jahren die MuseumsVorleseFührung „Die Gründung Münchens“ mit Petra Breuer statt.

Die Teilnehmer lauschen dem fesselnden Geschehen im Jahr 1158 und erkunden dazu einige der ausgestellten Originale zur Münchner Stadtgeschichte. Die Sage des armen Goldschmieds vom Schönen Turm sorgt abschließend für knisternde Spannung. Die Autorin Petra Breuer liest



dabei inmitten der Dauerausstellung „Typisch München!“ aus ihrer Kinderbuchreihe „Abenteuer in München“

Bei der MuseumsVorleseFührung handelt es sich um eine Initiative des Münchner Stadtmuseums in Kooperation mit der Autorin Petra Breuer, Verlag Phantasiereich sowie der Volkshochschule SüdOst.

Der Eintritt kostet 4, ermäßigt 2 Euro, Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren sind frei. Die Teilnahmegebühr beträgt 7 Euro pro Person. Eine Anmeldung unter www.vhs-suedost.de ist erforderlich.

Stummfilm-Serial: „Homunculus“ im Filmmuseum

(9.1.2018) Im Rahmen einer Ringvorlesung der Ludwig-Maximilians Universität München (LMU) zum Thema „Frankensteins Erbe: Künstlerische Produktion und künstliche Reproduktion“ zeigt das Filmmuseum im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, am Donnerstag, 11. Januar, um 19 Uhr in der Reihe der Veranstaltung „Open Scene“ das Stummfilm-Serial „Homunculus“ aus dem Jahr 1916. Der Film-Marathon über 196 Minuten wird von Richard Siedhoff live am Flügel begleitet. Fabienne Liptay und Stefan Drößler halten eine Einführung.

Die sechsteilige Serie „Homunculus“, in der ein künstlich geschaffener Mensch vergeblich Liebe sucht und dann voller Hass Zerstörung über die Welt bringt, gehört zu den großen Werken des deutschen Stummfilms, die als verloren galten. In ihr werden Motive der Frankenstein-Geschichte und unmittelbare Erfahrungen der Katastrophe des Ersten Weltkriegs verarbeitet und Formen und Motive des expressionistischen Films der 1920er Jahre vorweggenommen.

Im Finale steht Homunculus sich selbst gegenüber: Einem zweiten künstlichen Menschen, der geschaffen wurde, um den ersten zu vernichten. In jahrelanger Arbeit hat das Filmmuseum München Filmfragmente, Dokumente und Fotos gesammelt, so dass eine Rekonstruktion aller sechs Teile präsentiert werden kann.

Der Eintritt kostet 6, ermäßigt 5 Euro. Telefonische Kartenreservierungen sind unter der Telefonnummer 2 33-9 64 50 möglich.



Antworten auf Stadtratsanfragen

Dienstag, 9. Januar 2018

Umbau Wotanstraße 88 in ein Flexi-Heim für Flüchtlingsfamilien und wohnungslose Familien

Anfrage Stadträte Fritz Schmude und Andre Wächter (Liberal-Konservative Reformer) vom 22.9.2017

„Keine Sicherheitslücken erlauben“ – weist München kriminelle Asylbewerber aus?

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann, Dr. Josef Assal, Eva Caim, Richard Progl und Mario Schmidbauer (Fraktion Bayernpartei) vom 20.10.2017



Umbau Wotanstraße 88 in ein Flexi-Heim für Flüchtlingsfamilien und wohnungslose Familien

Anfrage Stadträte Fritz Schmude und Andre Wächter (Liberal-Konservative Reformer) vom 22.9.2017

Antwort Sozialreferat:

In Ihrer Anfrage vom 22.9.2017 führen Sie Folgendes aus:

„Auf Antrag der CSU Stadtratsfraktion wurde o. g. Beschluss wegen Abstimmungsbedarf in den nächsten Sozialausschuss vertagt. Tatsächlich besteht hier aufgrund der immensen Kosten, der großen Verzögerungen und der offensichtlichen Fehleinschätzungen in 2015 Klärungsbedarf. Mit Beschluss vom 30.9.2015 wurde dem Stadtrat die Wotanstraße 88 mit der Begründung das Anwesen sein ‚in gutem Zustand und könnte rasch auf den Standard einer Gemeinschaftsunterkunft gebracht werden,‘ zur Anmietung empfohlen.

Im jetzigen Beschluss ist davon nicht mehr die Rede. Vielmehr sollen die Stockwerke 1-7 ‚bis auf die Wand-Stützenkonstruktion entkernt werden‘. Nicht zu vergessen ist, es handelt sich um ein Mietobjekt. Darüber hinaus war das Gebäude von Anfang an aus brandschutztechnischer Sicht für die angedachte Nutzung offenbar nicht geeignet.“

Zu Ihrer Anfrage vom 22.9.2017 nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:

Wer hat die Einschätzung 2015 getroffen und bei welchen weiteren Objekten hat sich die Einschätzung als grob falsch herausgestellt?

Antwort:

Wie bereits von Ihnen ausgeführt, wurde das Objekt zur dezentralen Flüchtlingsunterbringung angemietet. Die Einschätzung von 2015 war vor diesem Hintergrund zutreffend.

Frage 2:

Wenn man alle Kosten mit einrechnet, was kostet 1 m² Wohnfläche ab Bezug wenn man davon ausgeht, dass der Mietvertrag wie vorgesehen endet und die Rückbaukosten maximal übernommen werden?

Antwort:

Mitte Oktober fand ein Gespräch mit Vertretern der Stadt und Vertretern der Vermieterseite zum Thema „Mietvertragsverlängerung“ statt. Vertreter



der Vermieterseite zeigten sich sehr verhandlungswillig und sprachen sich, unter Einhaltung weiterer Verhandlungspunkte, gegenüber einer Verlängerung des Mietvertrages bis ins Jahre 2040 positiv aus. Das heißt für die Stadt, dass das Objekt ab Erstbezug ganze 21 Jahre genutzt werden wird. Eine Kostenrechnung lässt sich erst nach den finalen Verhandlungen erstellen.

Frage 3:

Welche alternativen Nutzungsmöglichkeiten gibt es, wie lange läuft der Mietvertrag und gibt es ein Sonderkündigungsrecht für die LHM?

Antwort:

Hierzu verweisen wir auf den Beschluss des Sozialausschusses vom 24.10.2017. Des Weiteren verweisen wir auf die Antwort zu Frage 2.

Frage 4:

Wenn man die Gesamtkosten der Maßnahme nimmt, wie viele m² Wohnfläche könnten die GWG und die GEWOFAG damit schaffen? (Durchschnittliche Baukosten mit und ohne Grunderwerb)

Antwort:

Es besteht dringender Bedarf an Unterbringungsmöglichkeiten, zu deren Schaffung die Stadt gesetzlich verpflichtet ist. Ein Vergleich mit dem Wohnungsbau ist deshalb nicht sinnvoll.

„Keine Sicherheitslücken erlauben“ – weist München kriminelle Asylbewerber aus?

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann, Dr. Josef Assal, Eva Caim, Richard Progl und Mario Schmidbauer (Fraktion Bayernpartei) vom 20.10.2017

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Thomas Böhle:

In Ihrer Anfrage vom 20.10.2017 führen Sie Folgendes aus:

„Die Ministerpräsidenten und Innenminister mehrerer Bundesländer haben das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) aufgefordert, dafür zu sorgen, dass straffällig gewordene Asylbewerber konsequent und zügig ausgewiesen werden. ‚Die, die kriminell geworden sind, müssen sofort abgeschoben werden. Das hat mit dem Schutz der Bürger zu tun. Da dürfen wir uns keine Sicherheitslücken erlauben,‘ sagt Mecklenburg-Vorpommerns SPD-–Ministerpräsidentin Manuela Schwesig. Etliche schwerwiegende Verbrechen (darunter Vergewaltigungen und Morde) des letzten Jahres hätten sich verhindern lassen, wenn die bestehenden Gesetze eingehalten worden wären.“

Zu Ihrer Anfrage vom 20.10.2017 nimmt das Kreisverwaltungsreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:

Wie stellt sich die Situation derzeit in München dar? Wie viele Asylbewerber wurden straffällig, nachdem sie bereits einen Ausweisungsbescheid erhalten haben? Um welche Straftaten handelt es sich?

Antwort:

Die Ausländerbehörde kommt ihrem gesetzlichen Auftrag nach und erlässt einen Ausweisungsbescheid, soweit dies im Einzelfall rechtlich möglich ist. Die nach dem Erlass eines Ausweisungsbescheids begangenen Straftaten werden weder zahlenmäßig noch deliktspezifisch erfasst. Die statistische Erfassung von Straftaten obliegt den Strafverfolgungsbehörden. Selbstverständlich bezieht die Ausländerbehörde aber Straftaten, die nach dem Erlass einer Ausweisungsverfügung begangen werden, in ein noch nicht abgeschlossenes Ausweisungsverfahren ein und würdigt diese entsprechend.

Frage 2:

Wie kann sichergestellt werden, dass kriminelle Asylbewerber künftig konsequent und schnellstmöglich abgeschoben werden?

Antwort:

Bereits seit April 2016 informieren Polizei und Ausländerbehörden das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge über straffällig gewordene Asylbewerberinnen und Asylbewerber, um in diesen Fällen ein beschleunigtes Asylverfahren und eine zeitnahe Aufenthaltsbeendigung zu gewährleisten, soweit diese durchführbar ist.

Frage 3:

Wie viele in München befindliche Asylbewerber müssten bei Anwendung geltenden Rechts (Dublin-Verordnung) in andere EU-Staaten bzw. ihre Heimatländer überstellt werden? Wie viele werden tatsächlich überstellt (bitte Angaben zu den Stichtagen 30.9. und 31.10.2017)?

Antwort:

Für Rücküberstellungen in andere EU-Staaten aufgrund der Dublin III-Verordnung ist die Ausländerbehörde München nicht zuständig. Diese werden seit Juli 2016 zentral bei der Regierung von Oberbayern – Zentrale Ausländerbehörde koordiniert und durchgeführt.

Frage 4:

Wie viele Asylbewerber, deren Antrag bereits abgelehnt wurde, erhielten eine Duldung zum weiteren Aufenthalt? Aus welchen Gründen?

Antwort:

Derzeit befinden sich ca. 251 abgelehnte Asylbewerberinnen und Asylbewerber mit einer Duldung in München (Stand: 8.11.2017). Die Gründe für die Ausstellung einer Duldung sind äußerst vielfältig und reichen von der Reiseunfähigkeit wegen einer notwendigen medizinischen Behandlung über die bevorstehende Geburt eines Kindes, welches ein Aufenthaltsrecht in Deutschland haben wird, bis hin zu fehlenden Identitätsnachweisen oder Reisedokumenten. Abhängig von den konkreten Umständen des Einzelfalles werden Duldungen teils auch nur kurzfristig erteilt (jeweils ein bis drei Monate), um etwa die Erfüllung gesetzlicher Mitwirkungspflichten durch die hiervon betroffenen Personen eng begleiten und überwachen zu können.



Frage 5:

Durch welche Maßnahmen kann die LH München noch dazu beitragen, künftig schwere Straftaten durch ausreisepflichtige Asylbewerber zu verhindern?

Antwort:

Die Ausländerbehörde ist festes Mitglied in verschiedenen Arbeitsgruppen und arbeitet dort eng mit der Polizei, der Staatsanwaltschaft und anderen fachlich betroffenen Einrichtungen zusammen, um delinquentes Verhalten möglichst zu verhindern. In Abstimmung mit den genannten Akteuren geht die Ausländerbehörde in diesem Zusammenhang gezielt auf einzelne Personen zu und belehrt diese über die ausländerrechtlichen Konsequenzen, die im Falle strafrechtlicher Verurteilungen drohen.

Ich bitte Sie, von den vorstehenden Ausführungen Kenntnis zu nehmen und gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Dienstag, 9. Januar 2018

Wirklich unvermeidlich? Fragen zum tödlich verlaufenden Sturz eines Blinden an der U-Bahnstation Josephsplatz

Anfrage Stadträte Manuel Pretzl, Richard Quaas, Johann Sauerer und Sebastian Schall (CSU-Fraktion)

Barrierefreiheit des Sendlinger-Tor-Platzes – auch bei Übergängen der Trambahn

Antrag Stadtrats-Mitglieder Simone Burger, Horst Lischka, Christian Müller, Alexander Reissl, Jens Röver, Klaus Peter Rupp, Helmut Schmid und Dr. Constanze Söllner-Schaar (SPD-Fraktion)

„Kreativen & Handwerksquartier“ an der Hans-Preißinger-Straße 8: Wir wollen Alternativangebote für die ansässigen Nutzerinnen und Nutzer finden!

Antrag Stadtrats-Mitglieder Ulrike Boesser, Haimo Liebich, Horst Lischka, Christian Müller, Alexander Reissl und Christian Vorländer (SPD-Fraktion)

Fachtagung Pflege organisieren

Antrag Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann, Dr. Josef Assal, Eva Caim, Richard Progl und Mario Schmidbauer (Fraktion Bayernpartei)

Endlich obligate Altersfeststellung bei „minderjährigen“ Zuwanderern einführen – mit dem nichtinvasiven Ultraschall-Handscanner „Prisma“!

Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA)

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadtrat Manuel Pretzl
Stadtrat Johann Sauerer
Stadtrat Richard Quaas
Stadtrat Sebastian Schall

ANFRAGE

09.01.2018

Wirklich unvermeidlich? Fragen zum tödlich verlaufenden Sturz eines Blinden an der U-Bahnstation Josefsplatz

Am 3. Januar meldete der Polizeibericht, dass der am 30. Dezember 2017 um 13.10 Uhr an der U-Bahnstation Josefsplatz ins U-Bahngleisbett gestürzte 41jährige blinde Münchner seinen schweren Verletzungen erlegen sei, die ihm der einfahrende U-Bahnzug zugefügt hatte.

Dieser schlimme Unfall reiht sich leider in eine Reihe ähnlicher Vorkommnisse bei U- und S-Bahn wie z. B. der Tod einer 63jährigen amerikanischen Touristin an der U-Bahn-Station Sendlinger Tor (<https://www.tz.de/muenchen/stadt/altstadt-lehel-ort43327/frau-u-bahn-erfasst-toedlicher-unfall-sendlinger-5000140.html>).

Bekanntlich ist es seit langem ein Anliegen der CSU, durch technische Maßnahmen derartige U-Bahntodesfälle weitestgehend zu verhindern. (Siehe auch unsere Anträge: Menschenleben retten – für eine elektronische Gleisbettüberwachung bei der Münchner U-Bahn, 08-14 / A 02945 und Mehr Sicherheit auf U-Bahnsteigen durch konstruktive Maßnahmen; Fahrerlose U-Bahn - endlich eine Chance für die Nacht-U-Bahn, 08-14 / A 00462)

Bedauerlicherweise hat der 2012 von der MVG/SWM begonnene Test mit drei verschiedenen Systemen zur elektronischen Gleisbettüberwachung (Laserscanner, Radar, Kameraüberwachung) nach fünf Jahren zu dem sehr unbefriedigenden Ergebnis geführt, dass keines dieser System weiterverfolgt werden sollte.

Die schlimmen Todesfälle bei der U-Bahn aber bleiben. Jede Maßnahme, die geeignet ist, Menschenleben zu retten, muss auf der Agenda der Stadt München bleiben.

Vor diesem Hintergrund stellen wir folgende Fragen, deren Beantwortung auch eine Stellungnahme des Behindertenbeirates beigefügt werden möge:

1. Welche Normen muss aktuell ein Blindenleitstreifen entlang der Bahnsteigkante erfüllen, damit er über einen Blindenstock gut erkennbar ist?
2. Gibt es in München U-Bahnsteige, die noch nicht über einen normgerechten Blindenleitstreifen verfügen?
3. Verfügt die U-Bahnstation Josefsplatz über einen normgerechten Blindenleitstreifen?

4. Gibt es Kameraaufzeichnungen bei der U-Bahnstation Josefsplatz, die den Sturz des MVG-Fahrgastes zumindest teilweise dokumentieren?
5. Gibt es von früheren Stürzen ins U-Bahn-Gleisbett noch Aufzeichnungen?
6. Spricht etwas dagegen, diese Aufzeichnungen einschlägig tätigen Münchner Hochschuleinrichtungen zur Verfügung zu stellen mit der Zielsetzung, Stürze ins Gleisbett durch Kamerabildverarbeitung sicher zu detektieren und damit wertvolle Sekunden zu gewinnen, um U-Bahnfahrer zu warnen und im Idealfall den Zusammenstoß zu verhindern?
7. Wurden bei den o. e. Pilotversuchen 2013 bis 2016 am Rotkreuzplatz und an der Studentenstadt externe Fachleute insbesondere aus dem Hochschulbereich oder Technischen Überwachungsvereinen mit der Bewertung des Versuchdesigns und der Versuchsergebnisse beauftragt?
8. In welcher Weise können die internen Versuchsberichte der o. e. Pilotversuche der interessierten Öffentlichkeit wie z. B. Blindenorganisationen zur Verfügung gestellt werden?

Manuel Pretzl, Stadtrat

Johann Sauerer, Stadtrat

Richard Quaas, Stadtrat

Sebastian Schall, Stadtrat

Quelle: Polizeipräsidium München:

[3. Januar 2018](#)

Am Samstag, den 30. Dezember 2017, gegen 13.10 Uhr, stürzte ein 41-jähriger Münchner vor eine einfahrende U-Bahn und kam anschließend mit schweren Verletzungen in ein Krankenhaus.

Aufgrund seiner Erblindung nutzte der Mann einen Blindenstock. Er fiel in den Gleisbereich am Bahnsteig des U-Bahnhofs Josefsplatz. Die einfahrende U-Bahn konnte nicht mehr rechtzeitig anhalten und stieß mit dem 41-Jährigen zusammen. Durch den Zusammenstoß wurde er schwer verletzt. Aufgrund der schwerwiegenden Verletzungen musste der Münchner notärztlich versorgt und unter laufender Reanimation in ein Klinikum zur intensiv-medizinischen Versorgung gebracht werden. Am Dienstag, den 02. Januar 2018, verstarb der 41-Jährige.

mhz/Polizeipräsidium München

MünchenSPD Stadtratsfraktion · Rathaus · 80313 München

Herrn Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 09.01.2018

Barrierefreiheit des Sendlinger-Tor-Platzes – auch bei Übergängen der Trambahn

Antrag

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit den SWM sicherzustellen, dass das Umfeld der Tramhaltestelle Sendlinger Tor barrierefrei ausgebaut wird. Dabei ist insbesondere Augenmerk auf die Übergänge über Schienen und Straßen zu legen.

Des Weiteren wird geprüft, inwieweit denkmalschutzrechtliche Belange tatsächlich einer Umgestaltung der Oberfläche entgegen stehen bzw. ob mit niederschwelligen Eingriffen (wie bspw. mit abgeschliffenem Großsteinpflaster) das Areal angepasst werden kann.

Begründung

Der Sendlinger-Tor-Platz ist einer der meist frequentierten Verkehrsknotenpunkte unserer Stadt. Mit einem Stadtratsantrag vom Herbst 2014 hat sich die SPD-Fraktion frühzeitig dafür eingesetzt, dass die mehrere Jahre andauernden Modernisierungsmaßnahmen für eine barrierefreie Umgestaltung der entsprechenden Bereiche des Platzes genutzt werden.

Darüber hinaus ist es jedoch auch notwendig, im Bereich der Tramhaltestelle sowie des westlich gelegenen Platz-Rondells für Verbesserungen zu sorgen. Insbesondere die Gleisübergänge sowie die Aufgänge zum Platz sowie zum Haltestellenbereich sind für manche Münchnerinnen und Münchner hinderlich. Es ist daher zu prüfen, mit welchen Maßnahmen an dieser Stelle der Barrierefreiheit genüge getan werden kann – sowohl unter Erhalt der Oberflächengestaltung aus Kopfsteinpflaster als auch mit anderweitigen Optionen.

gez.

Helmut Schmid
Simone Burger
Alexander Reissl

Stadtratsmitglieder

gez.

Klaus Peter Rupp
Horst Lischka
Jens Röver

Stadtratsmitglieder

gez.

Dr. Constanze Söllner-Schaar
Christian Müller

Stadtratsmitglieder

MünchenSPD Stadtratsfraktion

Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 0 89 - 23 39 26 27, Fax: 0 89 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MünchenSPD Stadtratsfraktion · Rathaus · 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 09.01.2018

„Kreativen & Handwerksquartier“ an der Hans-Preißinger-Str. 8: Wir wollen Alternativangebote für die ansässigen Nutzerinnen und Nutzer finden!

Antrag

Die Stadtverwaltung wird gebeten zu prüfen, inwiefern die sozialen Einrichtungen und gewerblichen Betriebe vom sog. „Kreativen & Handwerksquartier“ an der Hans-Preißinger-Str. 8 in Sendling, auf das derzeit in Entwicklung befindliche Junkers-Gelände in Allach-Untermenzing umgesiedelt werden können.

Begründung

Bei den verschiedenen Nutzungen auf dem Areal an der Hans-Preißinger-Str. 8 handelt es sich um Zwischennutzungen, welche bei einem eventuellen Eigenbedarf durch die Landeshauptstadt München weichen müssen.

Die städtischen Gewerbeflächen auf dem Junkers-Gelände in Allach-Untermenzing werden durch den Bau einer neuen Verbindungs- und Erschließungsstraße neu geordnet und eignen sich daher eventuell für eine Umsiedelung der o. g. Nutzungen.

gez.

Alexander Reissl
Ulrike Boesser
Christian Müller

Horst Lischka
Christian Vorländer
Haimo Liebich

Stadtratsmitglieder

MünchenSPD Stadtratsfraktion

Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 0 89- 23 39 26 27, Fax: 0 89- 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de



An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 09.01.2018

ANTRAG

Fachtagung Pflege organisieren

Die Landeshauptstadt München organisiert für das dritte Quartal 2018 eine Fachveranstaltung mit Pflegeexperten und Praktikern in Zusammenarbeit mit allen Referaten unter Federführung des Direktoriums.

Für die LHM werden konkrete Maßnahmen empfohlen und deren Finanzierung vorgeschlagen. Des weiteren werden für die Bundes- und Landesebene über den Bayerischen und Deutschen Städtetag – soweit dort die Zuständigkeiten liegen – Forderungen gestellt, die geeignet sind die pflegerische Versorgung nachhaltig zu verbessern.

Begründung:

Im September 2016 hat der Stadtrat die Einrichtung des „Runden Tisches für Pflege an Krankenhäusern“ beschlossen. Ziel ist es dabei, Handlungsempfehlungen zur politischen Entscheidung vorzulegen, die geeignet sind in den Krankenhäusern ausreichend qualifiziertes Pflegepersonal zur Versorgung der Patientinnen und Patienten auf einem umkämpften Markt zur Verfügung zu stellen.

Natürlich betrifft das Problem des Pflegepersonalmangels gleichermaßen die Pflegeheime und den ambulanten Bereich.

Mitverursacher dieses Mangels sind auch politische Entscheidungen zur Finanzierung der Versorgung unserer Bürgerinnen und Bürger im Krankheitsfall.

BAYERNPARTEI Stadtratsfraktion

Rathaus, Marienplatz 8 • Geschäftsstelle: Zimmer 116 • 80331 München
Telefon: 089 / 233 – 20 798 • Fax: 089 / 233 – 20 770 • E-Mail: bayernpartei@muenchen.de

Geprägt sind die Pflegebedingungen durch:

- eine hohe Arbeitsbelastung und Zeitdruck
- einen Mangel auf dem Wohnungsmarkt insbesondere in Ballungsgebieten
- eine fehlende Kinderbetreuung an sieben Wochentagen
- hohe Hürden für die Anerkennung ausländischer Qualifikationen
- fehlende motivierende Arbeitsbedingungen die sich auch finanziell ausdrücken
- Anerkennung der Pflege am Patienten und gezielte berufliche Entwicklungsmöglichkeiten

Das Problem menschenwürdiger Versorgung von alten und hochaltrigen Frauen und Männern steht ungelöst im Raum und bedarf dringend einer besonderen Beachtung.

Derzeit wird das Thema „Pflege“ auf Bundes-, Landes- und auch auf kommunaler Ebene auf die Agenda genommen. Kommt nun wieder ein Runder Tisch oder eine teure Analyse, deren Ergebnisse Fachkundige kennen. Jetzt sind Taten gefordert.

Die Rathauskooperation in München hat sich bei den Haushaltsreden im Dezember 2017 geäußert und sagt: „Die Kooperation packt an, was zu tun ist. [...] Meiner festen Überzeugung nach brauchen wir jetzt und in den nächsten Monaten eine ehrliche und gesellschaftlich breit angelegte Diskussion darüber, was wir uns als Stadt München leisten müssen und wollen...“¹

In der beruflichen Arbeit der Pflege haben wir für unsere Münchnerinnen und Münchner einen dringenden Handlungsbedarf auf allen Pflegeebenen. Das müssen wir uns als „reiche“ Stadt München leisten. 2018 muss mit Taten zum Abschluss kommen.

Initiative: **Eva Caim**

weitere Fraktionsmitglieder: Johann Altmann, Dr. Josef Assal, Richard Progl, Mario Schmidbauer

1 Zitate aus der Haushaltsrede des finanzpolitischen Sprechers Prof. Dr. H. Theiss



Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Antrag
09.01.2018

**Endlich obligate Altersfeststellung bei „minderjährigen“ Zuwanderern einführen
– mit dem nichtinvasiven Ultraschall-Handscanner „Prisma“!**

Ich beantrage: Der Stadtrat beschließt: Die LHM stattet ihre zuständigen Dienststellen – vor allem beim KVR und beim RGU – mit dem Ultraschall-Handscanner-System „Prisma“ aus und führt damit – auch rückwirkend – endlich die obligate Altersfeststellung bei in München lebenden vorgeblich minderjährigen „Flüchtlingen“ durch.

Begründung:

Die behördlicherseits noch immer weithin unterlassene bzw. wie im Fall der LHM vorsätzlich torpedierte Altersfeststellung an angeblich „minderjährigen“ Zuwanderern sorgt in der Öffentlichkeit immer mehr für Unverständnis. Dies umso mehr, als auch in jüngsten Fällen von brutalen Gewaltverbrechen – etwa beim Messermord von Kandel am 27.12.2017 – angeblich „minderjährige“ „Flüchtlinge“ als Täter in Erscheinung treten, die bei einer korrekten Altersfeststellung durch die Behörden entweder längst ausreisepflichtig gewesen wären oder zumindest nicht in den Genuß einer teuren Vorzugs-Betreuung als vermeintlich „Minderjährige“ gekommen wären.

Gerade Unions-Politiker, in jüngster Zeit etwa die saarländische Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer und der bayerische Innenminister, sprechen sich deshalb derzeit verstärkt für eine obligate radiologische Altersfeststellung an vermeintlich „minderjährigen“ Zuwanderern aus. Im Münchner Stadtrat wird diese Forderung schon seit längerem einzig vom Antragsteller erhoben – und von der Stadt regelmäßig abgeschmettert. Eines der Argumente der LHM, das von ihr in der Vergangenheit auch vor Gericht geltend gemacht wurde, um eine obligate radiologische Altersuntersuchung an angeblich „minderjährigen“ Zuwanderern zu unterbinden, stellt auf die vermeintliche Unverhältnismäßigkeit einer Röntgenuntersuchung ab.

Dieser Einwand kann jetzt mit einer technisch neuen Untersuchungsmethode überzeugend umgangen werden. Auf der Weltleitmesse der Medizinbranche

b.w.

MEDICA wurde im November 2017 ein neues Ultraschall-System vorgestellt, das die Altersfeststellung anhand der Ultraschall-Untersuchung der Handgelenksknochen relativ zuverlässig ermöglicht. Es handelt sich um das in Zusammenarbeit mit dem Fraunhofer-Institut entwickelte System „Prisma“, dessen Software sogar auf handelsüblichen Smartphones installiert werden kann. Die zugehörige Hardware ist kostengünstig und umschließt während der Analyse das Handgelenk. Das Fraunhofer-Institut weist in seiner Medieninformation zum System „Prisma“ darauf hin, daß es sich dabei um ein „einen mobilen, nichtinvasiven Ultraschall-Handscanner zur Identifizierung minderjähriger Opfer bei illegalen Grenzübertritten [handelt], dessen Einsatz der Aufdeckung, Bekämpfung und Prävention von Menschenhandel dient“ (Quelle: www.fraunhofer.de/de/presse/presseinformationen/2017/oktober/medica-2017-fraunhofer-zeigt-ultraschall-handscanner.html; zuletzt aufgerufen: 09.01.2018, 02.30 Uhr; KR). Es ist naheliegend, daß sich das System abseits von Verdachtsfällen minderjähriger Prostitutions-Opfer auch zur Altersuntersuchung aller anderen vorgeblich minderjährigen Zuwanderer eignet.

Der LHM wird nun dringend empfohlen, die obligate Altersfeststellung an in München lebenden angeblich „minderjährigen“ Migranten nicht länger zu sabotieren; eines ihrer gewichtigsten Argumente, eine radiologische Untersuchung sei unverhältnismäßig bzw. „unzumutbar“, ist nun nicht länger stichhaltig. Im Gegenteil wäre auch die großflächige Untersuchung aller in der Obhut der LHM betreuten vorgeblich „minderjährigen“ Zuwanderer mittels des Systems „Prisma“ schnell und ohne großen Aufwand durchführbar.

Es versteht sich von selbst, daß einer Altersfeststellung mithilfe des Systems „Prisma“ nicht nur neu nach München kommende angeblich „minderjährige“ Migranten, sondern rückwirkend auch alle bereits in der LHM untergebrachten „minderjährigen“ Zuwanderer zu unterziehen sind, die möglicherweise zu Unrecht eine kostspielige Vorzugsbehandlung als „minderjährige“ Kostgänger der Stadt München genießen oder genossen haben.

Auf die enorme Kostenersparnis, die sich der Solidargemeinschaft durch die Überführung in Wahrheit volljähriger „Flüchtlinge“ eröffnet, muß hier nicht nochmals eigens hingewiesen werden. Einschlägige Zahlen zu den Kosten der Betreuung „minderjähriger“ Zuwanderer brachte der Antragsteller bereits in früheren Drucksachen zur Genüge bei.



Karl Richter
Stadtrat

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Inhaltsverzeichnis

Dienstag, 9. Januar 2018

Wirtschaftsplan 2018-2022
**GWG München investiert in Neubau,
Modernisierung und Instandsetzung**
Pressemitteilung GWG München

Presseinformation vom 9. Januar 2018

Download Text und Bilder
unter: www.gwg-muenchen.de/presse



Ansprechpartner:
Michael Schmitt, Unternehmenskommunikation, GWG München
Tel: 089 55114-212, Fax: 089 55114-218
michael.schmitt@gwg-muenchen.de

Wirtschaftsplan 2018-2022 **GWG München investiert in Neubau, Modernisierung und Instandsetzung**

Der Aufsichtsrat der GWG Städtischen Wohnungsgesellschaft München mbH hat den Wirtschaftsplan für die Zeit 2018 bis 2022 verabschiedet und damit den Grundstein für eine starke Bauoffensive gelegt. Bis Ende 2022 sollen demnach über 3.700 Wohnungen fertiggestellt sein. Hierfür investiert die GWG München über 750 Millionen Euro – das entspricht durchschnittlich über 150 Millionen Euro jährlich.

Bau von über 3.700 Wohnungen bis 2022

In den nächsten fünf Jahren sieht die GWG München den Bau von über 3.700 freifinanzierten und geförderten Wohnungen vor. Das entspricht einer Fertigstellung von pro Jahr durchschnittlich über 700 Wohnungen. Zusätzlich erstellt die GWG München auf rund 19.000 m² Kinderbetreuungseinrichtungen, soziale Einrichtungen sowie Supermärkte und Arztpraxen. Neben Nachverdichtungsprojekten wie z.B. in der Ludlstraße in Hadern, engagiert sich die GWG München auch intensiv bei den großen Neubauprojekten wie der Bayernkaserne und Freiham oder auch im Harthof.

„Der kontinuierliche Zuzug von Menschen nach München lässt die Nachfrage nach Wohnraum weiterhin stark ansteigen. Mit dem ambitionierten Bauprogramm 2018-2022 möchten wir einen tatkräftigen Beitrag dazu leisten, dass München für die Bürgerinnen und Bürger bezahlbar bleibt. Dafür nehmen wir in den nächsten Jahren sehr viel Geld in die Hand und steigern unseren Wohnungsbestand um mehr als 10 %“, so Christian Amlong, Sprecher der GWG-Geschäftsführung.

Rekordinvestition von knapp 50 Millionen Euro in den Bestand

Neben dem Neubau konzentriert sich die GWG München im Jahr 2018 vor allem auf die Instandhaltung und -setzung, sowie die Modernisierung ihres Bestandes. 2017 wurde eine eingehende Untersuchung des Bestandes durchgeführt und eine umfassende Instandhaltungsstrategie erarbeitet. Diese sieht vor allem die Sanierung im Bereich der Haustechnik mit Heizzentralen, Elektrosteigleitungen und Aufzügen sowie Maßnahmen an den Dächern und Tiefgaragen bei älteren Bestandsgebäuden vor. Der Fokus liegt auf



Gebäuden aus der Nachkriegszeit, deren Lebensdauer nicht immer der von Gebäuden aus anderen Jahrzehnten entspricht.

Um diese älteren Bestandsgebäude konzentriert bearbeiten zu können, investiert die GWG München im Jahr 2018 einmalig durch ein Sonderbudget zusätzliche rund 13 Millionen Euro in die Instandsetzung, so dass insgesamt für die Instandhaltung, Instandsetzung und Modernisierung ein Rekordbudget von knapp 50 Millionen Euro zur Verfügung steht.

Hohe energetische Standards sind im Neubau selbstverständlich, doch auch bei Bestandsgebäuden strebt die GWG München eine sukzessive Verbesserung der Standards an. Das beinhaltet nicht immer eine komplette Dämmung der Fassade, auch kleinere Maßnahmen wie der Ausbau undichter Fenster oder Haustüren können von großem Nutzen sein und bereits energetische Verbesserungen bringen.

„Die Instandhaltung und -setzung unserer Bestandsgebäude ist nicht nur für uns als Unternehmen wichtig, sondern kommt auch unseren Mietern zugute. Neben dem nachhaltigen Werterhalt unserer Immobilien investieren wir damit auch in die Verbesserung der Wohnsituation insgesamt. Die letzte Mieterumfrage aus dem Jahr 2016 hat gezeigt, dass unsere Mieter sehr zufrieden mit ihrem Zuhause sind – mit den geplanten Maßnahmen sorgen wir dafür, dass das auch so bleibt“, so GWG-Geschäftsführerin Gerda Peter.

Jahresergebnis 2018 nur ausgeglichen

Aufgrund der intensivierten und im Jahr 2018 konzentrierten Instandsetzungsmaßnahmen sowie des dafür eingestellten Sonderbudgets von 13 Millionen Euro, wird das geplante Jahresergebnis 2018 mit circa 300 Tausend Euro vergleichsweise gering ausfallen. Ab 2019 wird die GWG München dann wieder an die Jahresergebnisse früherer Jahre anknüpfen und die Gewinne in die großen Neubauprojekte wie Freiham, die Bayernkaserne oder auch die Radlkoferstraße in Sendling investieren.

Die GWG München

Derzeit bewirtschaftet die GWG München über 28.000 Mietwohnungen und rund 650 Gewerbeeinheiten. Sie arbeitet kontinuierlich daran, in der stetig wachsenden Stadt bezahlbaren Wohnraum für die Münchnerinnen und Münchner anzubieten. Darüber hinaus engagiert sich das Unternehmen in der Stadtteilentwicklung, realisiert Wohnformen für alle Lebensphasen und verpflichtet sich dem Klimaschutz. Im Mittelpunkt aller Aktivitäten steht immer die Wohn- und Lebensqualität der Kunden.